

Bezugsbedingungen und Einzelpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: 520. 68, Cindensstraße 3
Telefon: Dönhoff 292-293
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Verlag und Einzelabteilung: Goldstraße 9-5 Ullr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindensstraße 3
Telefon: Dönhoff 2506-2507

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Sozialdemokratie und Separatisten.

Hoffmanns Darlegung vor dem Generalkonjul Clive.

Die böhmische Presse gefällt sich noch immer darin, die sozialistische Bewegung in der Pfalz, die auf ihre Loslösung von Bayern hinstrebt, in eine Linie mit der separatistischen, durch französische Machtmittel unterstützten Aktion zur Schaffung eines selbständigen Staates unter Vorgreifung vom Reich zu stellen. Wie verlogen diese Darstellung ist, hat der Reichstagsabgeordnete Genosse Hoffmann-Kallerslauten auch dem englischen Generalkonjul Clive aus München dargelegt, der zur Untersuchung der Pfalzergebnisse mit allen Bevölkerungskreisen in Verbindung stand. Hoffmann gab folgende Erklärung ab, die in der Pfalz unter der französischen Zensur begreiflicherweise nicht veröffentlicht werden darf:

Der Herr Generalkonjul ist davon unterrichtet, daß vor dem Einbruch der Separatisten in der Pfalz die pfälzische sozialdemokratische Partei eine Aktion unternahm, die zum Ziele hatte, eine Pfalz, losgelöst von Bayern, aber im Rahmen des deutschen Reiches zu errichten. Besonders im unbesetzten Deutschland tritt nun da und dort die Meinung zu Tage, als ob die separatistische Bewegung gleichsam die Fortsetzung dieser sozialdemokratischen Aktion bilde.

Diese Auffassung ist grundfalsch, weshalb ich Veranlassung nehme, das Verhältnis beider Aktionen darzulegen. Sie entstehen lediglich, sowohl inneren wie auch äußeren Zusammenhänge. Sie sind durchaus verschieden und gegenüberlich in bezug auf die Träger der Aktion, die Methode und das Ziel des Unternehmens.

1. Träger der zeitlich ersten Aktion war allein die sozialdemokratische Partei der Pfalz, Träger der zweiten Aktion waren Personen, die zum Teil seit langem als Träger separatistischer Bestrebungen bekannt waren. Jegliche Zusammenarbeit hat niemals zwischen beiden Trägern stattgefunden.

2. Die Methode der Separatisten war die der gewalttätigen Besetzung der Pfalz mit Hilfe bewaffneter Haufen. Die Sozialdemokratische Partei hätte sich bei Durchführung ihrer Aktion lediglich auf die Massen ihrer Anhängererschaft be-

sonders in den großen Städten. Jegliche Gewalttätigkeit waren dabei vollständig ausgeschlossen.

3. Das Ziel der sozialdemokratischen Bewegung war die Schaffung eines selbständigen Staates im Verande des Deutschen Reiches. Die Separatisten dagegen wollten einen völlig autonomen Staat außerhalb des Reiches, einen Gedanken den die sozialdemokratische Partei der Pfalz aus nationalen und wirtschaftlichen Gründen ablehnt.

Wie gerade die Aktion der Sozialdemokratischen Partei in schärfstem Gegensatz zu der separatistischen Bewegung stand, ergibt sich aus folgender Tatsache:

Gelegentlich einer Besprechung von Vertretern der politischen und wirtschaftlichen Verbände bei General de Mehl trat der vorstehende Heinz-Orbis für die Errichtung einer „autonomen Pfalz“ ein und erklärte wörtlich: „Im Rahmen des Reiches ist eine These.“ Ich trat Heinz in der schärfsten Weise entgegen und betonte, daß die Pfalz ein Bestandteil des Deutschen Reiches bleiben muß, ist für uns unüberwindliches Gesez.

Auf die Gründe, welche die Sozialdemokratische Partei zu ihrer Aktion veranlaßt habe, zu sprechen kommend, erklärte ich: Die Aktion soll in erster Linie kein der Ausdruck schärfsten Protestes gegenüber der reichsfeindlichen Haltung und offenkundigen Verfassungsverletzung der bayerischen Regierung. Sie hatte aber — ich betonte das besonders — auch hervorragend den Zweck, eine Separatistenaktion in der Pfalz unmöglich zu machen, die autonome Pfalz zu verhindern und die Pfalz dem Reich zu erhalten.

An diesem Standpunkt hat die Sozialdemokratische Partei der Pfalz bis heute festgehalten. Sie lehnt deshalb in völliger Uebereinstimmung mit sämtlichen übrigen Parteien der Pfalz den Separatismus und den Gedanken eines autonomen Pfalz ab.

Diese Erklärung ist so eindeutig, daß sie selbst in die begriffswahrscheinlichsten Hirne aufgenommen werden könnte. Den Nationalisten im unbesetzten Gebiet gefällt es aber besser, die reichstreuere Partei mit dem separatistischen Gesindel auf eine Stufe zu stellen. Sie wollen damit lediglich ihre eigenen Verbrechen am Deutschen Reich vertuschen.

Die Arbeiterregierung.

Von Rudolf Breitscheid.

Mit einer Mehrheit von rund 70 Stimmen ist im englischen Parlament das Kabinett Baldwin gestürzt und damit der Regierung Ramsay MacDonald der Weg freigemacht worden. Das Ereignis konnte seit Wochen als sicher bevorstehend angesehen werden, obwohl Kräfte genug am Werke waren, es zu vereiteln. Sie erhielten einen gewissen Spielraum dadurch, daß Baldwin, wie er angibt, auf den Rat einer hohen Autorität — wohl des Königs — hin nicht unmittelbar nach dem für ihn ungünstigen Wahlausgang zurücktrat, sondern es auf die Entscheidung der Volksoberkeit ankommen ließ. Während dieser Frist versuchten gesellschaftlicher Snobismus und politisch-wirtschaftliche Angst vor dem, was eine Arbeiterregierung den herrschenden Klassen antun könnte, in schönem Bunde die notwendige Entwicklung aufzuhalten. Teile der Ober- und Mittelschichten schauerten vor dem Gedanken zurück, daß Proletarier und Leute, die nicht auf den vornehmen Schulen zu Eton bzw. Harrow und auf den Universitäten von Oxford und Cambridge ihre Erziehung genossen hatten, die Plätze in Seiner Majestät Regierung untereinander verteilen sollten. Daneben wurde dann die Gefahr des Sozialismus ganz allgemein und der Vermögensabgabe im besonderen an die Wand gemalt. Geschäftstüchtige Börsenmänner begannen eine Flucht aus dem Pfund zu inszenieren, um das Ergebnis dann als einen Beweis für die Unmöglichkeit eines sozialistischen Kabinetts ins Treffen führen zu können. Die ältesten Adenöhüter wurden herbeigeholt, um den braven Bürger zu schrecken, und, wie vor einigen Jahrzehnten in Deutschland, arbeitete man jetzt auf den britischen Inseln beispielsweise auch mit der Behauptung, daß die Schüler von Karl Marx es darauf abgesehen hätten, die Heiligkeit des Familienlebens anzutasten.

Aber dieser Kampf „wider den Marxismus“ ist drüben erfolglos geblieben. Das Bemühen, die Liberalen für einen Ordnungsbund mit den Konservativen zu gewinnen, schlug fehl, und nur etwa zehn von ihnen, die sich nebenbei schon bei der Wahl der freundlichen Unterstützung der Baldwinleute erfreut hatten, gingen in der entscheidenden Abstimmung mit denen, die die hehren Güter des Kapitalismus gegen den Ansturm der Labour-Leute verteidigen wollten. Die Führer der Liberalen, Asquith und Sir John Simon in erster Linie, bewiesen genügend gesunden Menschenverstand, um das Gros ihrer Partei dieses verweirte Mandat nicht mitmachen zu lassen. Sie wurden dabei von dem besten Teil der liberalen Presse, besonders vom „Manchester Guardian“, aufs nachdrücklichste unterstützt. Den deutschen Liberalen und Demokraten sei die Lektüre der Artikel des „Manchester Guardian“ sehr angelegentlich empfohlen. Sie könnten außerordentlich viel aus ihnen lernen; sie könnten aus ihnen erfahren, wie ein wirklich fortschrittlich gesinntes Bürgertum nicht die Aufgabe hat, einer Arbeiterregierung Schwierigkeiten zu machen, sondern ihr vertrauensvoll und unterstützungsbereit begegnen sollte. „Eine ganze Anzahl Leute“, so heißt es beispielsweise an einer Stelle, „wird in dieser Situation auf die Probe gestellt werden, angefangen mit dem Führer der Arbeiterpartei. Man sollte große Nachsicht mit einem Manne haben, der sich einer gigantischen Aufgabe gegenüberstellt, und wenn er zuweilen als Staatsmann danebengreift oder als Politiker die Kerzen verlieren sollte, so sollten diejenigen, die gleich mit dem Verdammungsurteil bei der Hand sein werden, ein wenig an ihre eigene Brust klopfen und sich fragen, ob sie es besser gemacht haben würden... Alles, was von den Liberalen gefordert wird, ist eine freundliche edelmütige Haltung und die Wahrnehmung der öffentlichen Interessen.“

Natürlich sind es letzten Endes nicht ausschließlich der Edelmüt und das Festhalten an den in der Tradition verankerten verfassungsmäßigen Grundfragen gewesen, die Asquith und seine Freunde zur Ablehnung der Koalition mit den Konservativen bestimmt haben. Sie mußten sich sagen, daß die Verhinderung einer Arbeiterregierung durch ihre Schuld der Labour Party agitatorisch und organisatorisch zu großem Vorteil gereichen und den Liberalen selbst beträchtlichen Schaden zufügen würde. Sie waren und sind sich außerdem darüber klar, daß die neue Regierung, die von sich aus nur über eine Minderheit im Parlament verfügt, auf ihre Legitimität angewiesen ist, und daß sie infolgedessen, obwohl keine Koalition besteht, einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Politik des Kabinetts MacDonald ausüben können. Das muß zur Beurteilung des Wesens der englischen Arbeiterregierung im Auge behalten werden: sie besetzt alle Posten ausschließlich mit ihren Anhängern, aber sie ist nur so lange lebensfähig, als sie die Unterstützung der Liberalen hat, denn es gibt in ihren Reihen keinen auch nur halbwegs ernstzunehmenden Politiker, der mit dem Gedanken einer Diktatur spielte und von den Linien der parlamentarischen Demokratie abweichen sollte. In dieser Abhängigkeit liegt zweifellos eine gewisse Schwäche für unsere Freunde. Sie werden nur sehr langsam und schrittweise vorgehen können, sie werden ihre eigentlich sozialistischen Ziele, ohne sie grundsätzlich zu verteidigen, zurückstellen müssen und sich einstweilen auf die Durchführung bestimmter, auch von den Liberalen als mehr oder weniger berechtigt anerkannter Forderungen zu beschränken haben. Aber schließlich liegt das ja auch im politischen Charakter des englischen Volkes, das für Theorien weniger empfänglich, seine Arbeit auf die Lösung jeweiliger Tagesprobleme konzentriert und dazu kommt, daß der bessere Teil des englischen Liberalismus vorurteillos genug ist, um

Die Arbeiterregierung im Amt.

London, 23. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der König hat die von MacDonald vorgelegte Ministerliste genehmigt. Diese Liste deckt sich genau mit der bereits gestern gemeldeten Zusammenfassung des Kabinetts (im heutigen Morgen-„Vorwärts“ veröffentlicht. Red.). Die Besetzungen derjenigen Minister, die nicht dem eigentlichen Kabinett angeschlossen sind, sind noch nicht offiziell mitgeteilt.

London, 23. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Schnelligkeit, mit der MacDonald die hauptsächlichsten Namen seiner neuen Mitarbeiter bekanntgegeben hat, hat einen guten Eindruck hervorgerufen. Die Ministerliste wird selbst unter den Wählern, die am schärfsten die Arbeiterpartei bekämpfen, nicht ungünstig aufgenommen.

Die „Times“ schließt ihre Betrachtungen mit den Worten: „Alles in allem scheint MacDonald seine Auswahl verständnisvoll getroffen zu haben.“

Das Wort meint, die Ueberraschung der Ministerliste sei die Ernennung des Lord Chelmsford zum ersten Lord der Admiralität, die von MacDonald und seiner Umgebung bereits seit längerer Zeit geplant gewesen sei, doch sei dieses Geheimnis bis zu jetzt gut gewahrt worden. Chelmsford war früher Vizkönig von Indien, Gouverneur des australischen Staates Queensland und von Neuseeland.

„Manchester Guardian“ hebt den starken Prozentsatz von Intellektuellen, die der Arbeiterbewegung angehören, unter den Ministern hervor. Die Gewerkschaftsführer seien durch Thomas, Henderson, Caines, Walsh, Shaw, Adamson und Hartshorne vertreten, aber Repräsentanten des extremen Flügels der Arbeiterbewegung fehlten.

Keine blasse Ahnung!

Ramsay MacDonald vom Vatikan aus gesehen.

Der aus dem Osten importierte Auslandspolitiker der „Deutschen Zeitung“ fühlt sich verpflichtet, die Person des neuen englischen Premierministers seinen Lesern vorzustellen. Denn, nicht wahr, als deutschnationaler Handlungsgehilfe oder bismarckbündlerischer Priester muß man doch wissen, was in Europa vorgeht, oder wenigstens „man so tum“. Also: durch Herrn H. v. S. erfährt die Laurenzbrücker-Gemeinde, daß es zwar in England „keine Gewerkschaftsbewegung gibt wie bei uns“, daß aber MacDonald „einer der ersten Gewerkschaftsführer war“. Zufällig hat der geliebte Arbeiter MacDonald niemals einer Gewerkschaft angehört.

„Er gehört zur sogenannten Fabiergesellschaft“ — deren Ziele lobann in einigen gelehrten, aber unrichtigen Sätzen erläutert werden. Auch hier hat der böhmische Baron danebengehauen. MacDonald ist niemals in der Fabiergesellschaft hervorgeritten (Bewerbung mit Edwin Webb), sondern er gehört der Unabhängigen Arbeiterpartei an.

Aber es kommt noch viel Besseres: „Damals (d. h. zu Beginn des Krieges. Red. v. W.) Minister im Kabinett Asquith, trat er aus diesem aus, weil er die Kriegspolitik Lord Grens verurteilte und in schärfster Weise gegen den Eintritt Englands in den Krieg sprach.“ Der böhmische Baron hat so dunkel in Erinnerung —

man ist doch Auslandspolitiker eines Berliner Blattes, Teufel — daß so etwas Anfang August 1914 passiert ist. Doch sind diese Epilode auf Lord Rorke, John Burns und Trevelyan (letzterer inzwischen Sozialist geworden und Unterrichtsminister in der neuen Arbeiterregierung) bezogen, braucht einen nicht zu kümmern. Man schreibt eben es MacDonald zu und denkt sich: Blödsinnig trifft's? Oder man denkt sich gar nichts dabei, denn man schreibt ja für jeder der „Deutschen Zeitung“.

Aber damit nicht genug: Der ausgeschiedene Asquith-Minister, der Protestler gegen Grens Kriegspolitik „wandelte sich sehr schnell, schon anderthalb Jahre später war er einer der eifrigsten Propagandareisenden und sehte zum Durchhalten, zum Vernichtungskrieg gegen Deutschland“.

Die ganze Welt hat nach den unentwegten Kampf in Erinnerung, den MacDonald an der Spitze einer kleinen Phalanx — in der seine jetzigen Mitarbeiter Snowden, Trevelyan, Jewett, Bonfancy und Buxton mit ihm an Mut und Energie nachzueiferten — durch behende Anfragen und scharfe Reden für den Versöhnungsfrieden oder Kriegsjahre hindurch im Unterhaus führte. Nur der Auslandspolitiker der „Deutschen Zeitung“ wehlt nichts davon und macht aus ihm einen Deutschenbasser und Kriegspropagandarebner!

Macdonald wurde sogar wegen dieser Aktivität nicht nur beschimpft und gehaßt wie kein anderer in England, ein wahrer persönlicher und gesellschaftlicher Boykott wurde über ihn verhängt.

Es haben sich in der Tat manche Leute „sehr schnell gewandelt“. Nicht nur der Autor der Hohenzollern-Legende, sozialdemokratischer Pastor und Schriftleiter der deutschböhmischen „Deutschen Zeitung“, auch die baltischen Berone standen bis 1917 zum Teil auf Seiten des Jaren und ließen sich an Deutschland durch niemanden übertreffen. Jetzt treiben sie deutschnationalen Politik und klären bismarckbündlerische Jugend und deutschnationalen Handlungsgehilfen politisch auf. Danach sieht die Klärung auch aus.

Die kommende Goldnotenbank.

Paris, 23. Januar. (Eca.) Der Mitarbeiter des „Journal“, Chassignat, der gute Beziehungen zu gewissen Persönlichkeiten der Reparationskommission hat, schreibt zu dem gestrigen Kommuniqué der Reparationskommission, der Sachverständigenauschuh habe bezüglich der Goldnotenbank den Plan Dr. Schachts einfach angenommen. Damit die Goldnotenbank vollkommen unabhängig wird und keinen inneren und äußeren Einflüssen unterliege, solle sie ihren Sitz im Auslande, wahrscheinlich im neutralen Auslande haben. Der Verwaltungsrat werde aus Amerikanern, Neutralen und Deutschen bestehen. Das beteiligte Goldkapital werde nicht so bedeutend sein, da es in der Hauptsache als Garantiefonds dienen müsse. Die Buchführung werde auf Goldmarkbasis eingerichtet. Die Bank wird Papiergeld in Goldwert ausgeben, aber an ihren Schaltern Papiermark zum Tageskurs entgegennehmen und hierbei gegen eine eornliche Baiffe doken. Sie werde formell die Diskontierung von Staatspapieren ablehnen. Dieses Programm sei auf Grund von Rückschlüssen des Präsidenten der Niederländischen Bank, Dissering, ausgearbeitet worden. Sowohl London wie Amsterdam hätten die Verrichtung gegeben, die notwendige finanzielle Unterstützung zu leisten.



## Politische Hochstapler.

Wir zitieren kürzlich die Rede Kamenews auf der letzten Parteikonferenz der R.K.P. über die Parteiziele und die Kommunisten für den November des vergangenen Jahres. In der uns heute zu Gesicht kommenden „Pravda“ vom 17. Januar finden wir in dem Bericht über diese Parteikonferenz die Begrüßungsansprache des Vertreters der deutschen Kommunisten. Diese Ansprache ist wirklich wert, wiedergegeben zu werden. Der deutsche Vertreter — sein Name wird nicht genannt — begrüßt die Konferenz mit folgenden Worten:

„In Deutschland wollte das deutsche Proletariat im August das wiederholen, was in den Ostoberjahren des Jahres 1917 das russische Proletariat unternommen hat. Aber die kommunistische Partei Deutschlands konnte nicht fliegen, da sie nicht über die große Erfahrung der kommunistischen Partei Russlands verfügte, die unter Wegens Bedingungen im Kampf mit dem Faschismus groß geworden, es verstanden hat, die einmal gestellte Aufgabe zu ermöglichen — die Macht im Lande zu erröben.“

Der Redner geht dann zu einer Analyse der augenblicklichen Vorgänge in Deutschland über und fährt fort:

„Die Frage der deutschen Revolution — das ist nur eine Frage von Monaten. Freilich, mit genauer Zuverlässigkeit zu sagen, daß dieses Ereignis nach Ablauf einer bestimmten Frist eintreten wird, ist schwierig. Unzweifelhaft ist aber, daß das deutsche Proletariat vor dem Zwang steht, den Kampf wieder aufzunehmen und ihn bis zu Ende durchzuführen, um so mehr, als die deutsche Arbeiterklasse sich für unbesiegt hält. Davon zeugen auch die Ereignisse, die sich augenblicklich in Deutschland abspielen. Der Kampf der Ruhrarbeiter, der Kampf der Arbeiter in ganz Deutschland um den Achtstundentag, der Kampf gegen den Lohnabbau. Das deutsche Proletariat stellt wieder die politischen Fragen auf die Tagesordnung. Ihren ganzen Kampf führt die deutsche Arbeiterklasse unter der Leitung der deutschen kommunistischen Partei, die aus den Erfahrungen aller früher gemachten Fehler lernt und es versteht, die Arbeiterklasse zum Siege zu führen.“

Es ist nicht wahr, daß die Militärs und die Faschisten der Kräfte Herr werden können, die über Deutschland hereinbrechen. Die deutschen Militärs und die Faschisten, die tatsächlich augenblicklich die Macht in der Hand haben, werden nicht imstande sein, mit den Proletariats fertig zu werden, die vor der deutschen Arbeiterklasse und den deutschen arbeitenden Massen stehen werden.“

Der Redner weist dann auf die Befehle der Ruhe hin und auf die Unmöglichkeit einer Verständigung. Die ganzen Lasten würden auf die Schultern der Arbeiter gelegt werden müssen:

„Unter diesen Bedingungen ist eine weitere Erregung, ein neuer Ausbruch einer revolutionären Welle unvermeidlich. In einzelnen Orten, wo die Lasten besonders schwer auf die Bauern liegen, werden, kämpfen“

### Die Bauern Schulter an Schulter mit den Arbeitern.

Wir werden deshalb bei einer neuen revolutionären Welle die Möglichkeit haben, sicherer zum Siege zu gelangen, um so mehr, als der bevorstehende Kampf der entscheidende Kampf sein wird.“

Die Entwicklung der kommunistischen Bewegung im Westen geht bedauerlich schneller, als wir voraussetzen. (!) Augenscheinlich hat sie so große Arbeitermassen Westeuropas erreicht, daß sie von ihrem Siege überzeugt sind.

Es ist doch schon, daß man die grössten Lügen, die die deutschen Kommunisten den Russen auf ihren Konferenzen und Versammlungen aufzutischen wagen, gelegentlich schwarz auf weiß vor sich setzen kann. Man tut den Herrschaften wohl nicht unrecht, wenn man sagt: So sprechen politische Hochstapler, die für ihren Zerstörungslampf sich neue Subventionen zu erbeten suchen. Im übrigen kann man für die Offensivpolitik, mit der sie dort — in Russland — offen bekennen, daß alle ihre Aktionen im November vergangenen Jahres und auch die, an denen sie jetzt wieder arbeiten, nur dem einen Plane dienen, die Republik über den Haufen zu rennen. Das wird vielen die Stellungnahme zu den Kommunisten erleichtern.

## Die Anwaltschaft gegen die Justizsabotage.

Der Berliner Anwaltverein hat in seiner letzten Sitzung einstimmig die nachfolgende Resolution angenommen:

Der Berliner Anwaltverein legt Verwahrung ein gegen die Verordnungen des Reichspräsidenten über die beschleunigte Aburteilung von Strafsachen vom 17. Dezember 1923 und gegen die Verordnung über Gerichtsverfassung und Strafverfahren vom 4. Januar 1924.

Diese Verordnungen stellen eine tief einschneidende Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozessordnung dar, durch welche wesentliche Rechtsgarantien den Angeklagten genommen werden.

Aus der Fülle der bedenklichen Bestimmungen erscheint es insbesondere unannehmbar:

1. daß selbst bei der Aburteilung der schwersten Straftaten der Angeklagte ohne gerichtliche Voruntersuchung, ohne vorherige Mitteilung der Anklage, ohne einen Beschuldigungsbescheid über die Eröffnung des Hauptverfahrens, unter einer Bewährungsfrist von 24 Stunden der Aburteilung überantwortet wird und ihm überdies noch das Recht auf Beweisaufnahme und jedes Rechtsmittel genommen wird;
2. daß die Schwurgerichte im Wege der Verordnung befreit werden; denn von den Schwurgerichten ist lediglich der Name beibehalten worden;
3. daß gegen die Urteile des sogenannten Schwurgerichts, welches nichts weiter als ein großes Schöffengericht ist, keine Berufung zulässig ist;
4. daß der Einzelrichter Strafen bis zu 15 Jahren Zuchthaus verhängen kann;
5. daß in dem Abschnitt über die Notmaßnahmen die Berufung bei sämtlichen Vergehen ausgeschlossen ist, wenn ausschließlich auf Geldstrafe erkannt ist, so daß es ein wegen Unterschlagung oder Betrug zu Unrecht Verurteilter für sein Leben gebrandmarkt bleibt.

Am allerbedenklichsten erscheint es, daß derartige, tief in das Rechtsleben einschneidende Maßnahmen angeordnet werden, ohne die Anwaltschaft, als eines der wesentlichsten Organe der Rechtspflege und als die berufliche Betreuerin der Rechte des Angeklagten, auch nur zu hören.

Um eine vermeintliche, in Wirklichkeit nur ganz geringfügige Erparnis zu erzielen, welche mit Beschneidung durch eine vernünftige Bemessung von Geldstrafen in geeigneten Fällen und durch erhebliche Erhöhung der Gerichtskosten bei den meist überflüssigen Beweisaufnahmen erreicht werden kann, wird der letzte Rest von Vertrauen in die Strafjustiz untergraben.

Wir halten es für unsere Pflicht, unsere warnende Stimme zu erheben und den Reichstag zu ersuchen, gemäß § 1 Abs. 2 des Ermächtigungsgesetzes vom 8. Dezember 1923 sowie des Artikels 48 Abs. 3 der Reichsverfassung die Aukerkräftigung dieser beiden Verordnungen zu verlangen.

Die dritte Steuerreformordnung, die die Einkommensteuer und den Finanzanspruch zwischen Reich, Ländern und Gemeinden brinnen soll, hat gestern dem Kabinett vorgelegen. Endgültige Beschlüsse sind noch nicht gefaßt.

## Altershilfe — Jugendhilfe.

Den Nachkommen zur Wohnung und zum Hohn hat Wilhelm der Letzte seine Siegesallee-Denkmalerei aufgestellt. Deutschland hat Schandmal aber sind die Greise und Greisinnen, die an den Straßen Berlins fest zu Stein erstarrt mit ausgestreckten Händen, Bildsäulen gleich, bestehen. Wenn man doch wenigstens die Denkmäler auf Abbruch zur Linderung der Not verkaufen könnte! Aber auch den Wert haben sie nicht einmal. ... Auf der Christbrücke am Bahnhof Bellevue sitzen in der Vertiefung alle bettelnde Leute. Neben einer der Frauen, auf deren Knie gekniet, steht ein zwölfjähriger Knabe und notiert sich was in ein Büchlein. Nach dem Zweck dieser Notizen gefragt, gibt er an: „Er will einem älteren Schüler die Adresse der Alten mitteilen, damit er sie aussucht und hilft.“ ... Verschiedene Berliner Gymnasien haben sich zusammengeschlossen, um gemeinsam den Alten zu helfen — „Altershilfe“ nennt sich die Organisation. Berlin ist in 14 Arbeitskreise eingeteilt. In jedem dieser Bezirke sind 10—15 Helfer aus der Jugendbewegung tätig und haben 40 Vollpatenschaften unter sich. Es wird für Kleider, Heizung, Lebensmittel usw. gesorgt. 700 alte Menschen sind zu Weihnachten besorgt worden. Ebenso viele Kinder. Auch verabsorgen Schüler des Westens 2000—2500 Stellen täglich an die ärmeren Kameraden des Nordens. Das ist bereits „Jugendhilfe“ ... Aus Wien, Hamburg, Dresden, Bonn, Delitzsch bei Halle und anderen Orten mehr kommen ähnliche Nachrichten.

Es ist, als ob in immer weiteren Kreisen der bürgerlichen Jugend das Bewußtsein zu schlagen beginnt. Groß ist die Schuld, die es dem arbeitenden Volke abzutragen hat. Was die Väter an ihm gesündigt, sollen die Kinder gutzumachen versuchen. Ist die Hilfe auch nur ein Tropfen im Meere, so ist das, was geschieht, immerhin mehr als nur Wohlthatigkeit. Es ist das Erwachen des sozialen Bewußtseins, es liegt darin ein Stück Erziehung zum Gemeinheitsbewußtsein. Nur durch tätige Liebe, die den Rahmen der Familie, selbst den des eigenen Volkes sprengt, kann die Menschheit gefunden. Das soll der Sinn dieser Arbeit sein, schon deshalb allein ist sie zu betreiben. Ihr Heil findet aber die Arbeiterschaft nur durch sich selbst. Jugend, die wahrhaft helfen will, muß im Proletariat voll aufgehen, keine Sache ganz zur eigenen machen.

## „Verpfissen“.

### Wieder einmal die „Weddingkolonne“.

Unter ganz besonderen Vorsichtsmaßnahmen mußte eine Verhandlung gegen mehrere Mitglieder der berüchtigten „Weddingkolonne“ vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte stattfinden. Der Zuschauerraum war schon lange vor Beginn der Verhandlung von sehr frommwürdigen Gestalten dicht besetzt. Dazu kam, daß der Hauptbelastungszeuge, durch den der Eindruck der Polizei verraten worden war, das Gericht in einem Schreiben gebeten hatte, ihn unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu vernehmen, da er sonst die Rache der „Weddingkolonne“ befürchten müßte. Aus diesen Gründen schloß der Vorsitzende wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit die Öffentlichkeit für die ganze Dauer der Verhandlung aus und ließ den Zuschauerraum räumen.

Angeklagt waren der Arbeiter Fritz Gotschowski und der Händler Alex Barud. Von Mitgliedern der Weddingkolonne war ein Diebstahl in ein Ledergeschäft in der Lindenstraße geplant worden. Barud hatte seinen Handwagen zur Verfügung gestellt und einen bei ihm seit einiger Zeit beschäftigten Hausdiener mit der Ausführung des Diebstahls beauftragt. Er hatte sich aber in dem Manne getäuscht, wenn er ihn für ein zuverlässiges Mitglied der Weddingkolonne hielt, denn der Hausdiener „verpiffte“ schon am Abend vorher der Polizei den Einbruchspan. Die Polizei legte sich auf die Lauer und beobachtete, daß die Verbrecher mehrere große Ballen Leder aufstuden. Da die Beamten aber der Angst der Verbrecher gegenüber — es waren mindestens 5 bis 6 schwere Jungen — sich für zu schwach hielten, holten sie erst Verstärkung. Inzwischen schirmten die Diebe aber „Lunte gerochen“ zu haben, denn, als die Hilfe erschien, konnte man nur noch Gotschowski abfassen, die übrigen Teilnehmer an dem Einbruch waren verschwunden. Der Angeklagte Barud war besonders dadurch verdächtig, daß er mit einer Handelsfrau Wirth aus der Fischerstraße verlobt war, die gemerdmäßig die „Sore“ für die Weddingkolonne abfuhr. Er selbst bestritt aber vor Gericht, eine Ahnung davon gehabt zu haben, zu welchem Zweck der Wagen von ihm verlangt wurde. Der zweite Angeklagte Gotschowski war geständig, ließ aber durch seinen Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Biermann, den Einwand erheben, daß er durch Not gezwungen worden sei, sich dem Unternehmen der „Weddingkolonne“ anzuschließen. Für Barud beantragte Rechtsanwalt Dr. Ludwig Rener mangels jeden Beweises die Freisprechung. Das Urteil lautete gegen Gotschowski, gegen den der Staatsanwalt 1½ Jahre Gefängnis beantragt hatte, auf 8 Monate Gefängnis, Barud, der sich seit 15 Monaten in Untersuchungshaft befindet, wurde freigesprochen.

### Die Fahrpreiermäßigung für Kleingärtner.

Vom 4. März d. J. ab wird den Kleingärtnern wieder allgemein eine Fahrpreiermäßigung von 50 v. H. für die Fahrt vom Wohnort zum Kleingarten gewährt. Die Ermäßigung wird im Bereich außerhalb der Stadt- und Ringbahn gelegenen Vorort- und Fernstationen für Strecken von höchstens 40 Kilometer zugestanden auf Grund eines mit dem Reichstag des Inhabers verleşenen Ausweises, der vom 15. Februar ab an folgenden Stellen (für alle Strecken) ausgegeben bzw. befähigt wird: Auskunftsstelle Werandaplatz, Fahrplanausgaben des Anhalt, Stettiner, Schlesischen und Sächsischen Bahnhofs, sowie von der Güterabfertigung Lehrter Bahnhof. Auf Grund des Ausweises — der auf besonderen Antrag auch für die Fahrt zwischen Arbeitsstätte, Kleingarten und Wohnort ausgestellt wird (Bescheinigung des Arbeitgebers) — erhält der Inhaber eine Fahrkarte zum halben Preis, muß jedoch stets mit der Fahrkarte auch den Ausweis vorlegen.

### Raubüberfall eines Russen.

Einen schweren Überfall verübte gestern Abend ein ehemaliger russischer Offizier Boris Baskin, der sich anlässlich zu Studienzwecken in Berlin aufhielt, auf den 64 Jahre alten Buchhändler Bruno Wirth aus der Griebenhögner Straße 13 in dem besten Baden in der Kantstraße 24. Wirth, ein Deutscher, hatte viele Jahre in Russland gelebt, betreibt jetzt im Berliner Russen-Platz eine russische Buchhandlung und beschäftigt Baskin zeitweilig als Expedienten. Gestern Abend erschien Baskin kurz vor Schluß des Geschäftes und bat, da er der deutschen Sprache nicht ganz mächtig war, Wirth für ihn ein Fremdsprach zu besorgen. Als der alte Mann sich anschickte, der Witte seines Gehilfen zu entsprechen, verkehrte ihn dieser mit einem harten Gegenstand mehrere Schläge auf den Kopf, so daß er bewußtlos zusammenbrach. Baskin schloß dann sein Dossier in ein Zimmer neben dem Laden, räumte ihm die Briefstube mit 200 Dollar, verschwand mit der Beute und schloß die Ledentür hinter sich ab. Der Überfallene kam bald wieder zu sich und benachrichtigte die Polizei. Baskin ist noch nicht ergriffen.

### Reparaturwerkstätten für Arbeitslose.

Noch immer weiß die Zahl der Arbeitslosen eine beängstigende Höhe auf. Von den einzelnen Bezirksämtern werden Tausende von Erwerbslosen unterstellt, die länger als drei Monate ohne Arbeit sind. Die Unterstützung reicht leider nicht dazu aus, die notwendigen Lebensbedürfnisse zu bestreiten.

Reparaturwerkstätten zu machen ist ganz unmöglich. Schätze und Arbeit sind zerfallen und können nicht instandgesetzt werden. Die Betriebe der Schulärzte geben hierüber ein erschütterndes Bild. Im diese Art wenigstens etwas zu lindern, beschäftigt das Arbeitsamt des Bezirks Friedrichshagen zwei Reparaturwerkstätten zur Ausbesserung von Kleidungsstücken und Schuhzeug einzurichten. Die Reichsverordnung vom 15. Oktober d. J. gibt die Möglichkeit, hierfür Arbeitskräfte unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Das Arbeitsamt des Bezirks, Am Strobelner Platz 30/31, Fernsprecher Magistrat 500 oder Alexander 374, ist auf Anruf bereit, von Firmen, die Stoff- und Lederabfälle für die Erwerbslosen spenden wollen, abholen zu lassen. Einige Firmen haben sich bereits in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt.

### Erhöhung der Friedensmieten.

Die Neuregelung der Mieten durch Einführung eines Teils der sogenannten Goldmieten hat eine alte leidige Erscheinung aufgeweckt. Bekanntlich wird vom 1. Februar ab nicht mehr nach dem Maßstab der Grundmiete, sondern wieder nach der Friedensmiete vom Stande am 1. Juli 1914 gezahlt. In wertwändiger Rücksicht und Gilt stellen nun zahlreiche gewerbetätige Hauswirte bei den Mieteinigungsämtern den Antrag auf Erhöhung der Friedensmiete, die nach ihrer Behauptung „zu billig“ festgesetzt gewesen sei. Das ist die gleiche Machenschaft, die im Rahmen der höchstmietenanordnung einsetzt und auch noch unter dem Reichsmietengesetz nachwirkt. Es ist zu wünschen, daß diesmal die Mieteinigungsämter nicht so leicht als bisher solchen Anträgen stattgeben. Es war Zeit genug, die Heraussetzung zu beantragen, wenn Hauswirte wirklich überzeugt waren, daß die Friedensmiete den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprach.

### Die Nachtglocke des Hehlers.

#### Zur Festnahme eines Bandenführers.

In einer Weinwirtschaft am Kaiserdamm wurde in der Nachtjahrsnacht eine ideale Gesellschaft äußerst eigen gefeiert. Kanoniere verhaftet, die sich sehr bald als gealterte Einbrecher entpuppten. Jeder entging der Führer der Einbrecherbande, ein angeblicher Wappermann in Wirklichkeit ein Erwin Wobben, seiner Festnahme. Als er merkte, daß seine Bande aufgehoben war, verschwand er aus Berlin, um sich für einige Zeit dem Wintersport zu widmen. Auf die Dauer reichte aber dafür sein Geld nicht, und zum Einbrechen hatte er an den Sportstätten keine Gelegenheit. So mußte er denn wohl oder übel nach Berlin zurückkehren und versuchen, neue Helfer zu gewinnen. Dazu kam es aber nicht mehr. Ein Versteck glaubte er in einem Landhause zu finden, das sein Schwager ein Kaufmann Albert Rödiger, in einem Vorort besitzt. Die Kriminalpolizei hatte aber festgestellt, daß dieser Schwager, der an der Ecke der Brandenburger und Sigmaringer Straße eine elegant eingerichtete Dreizimmerwohnung inne hat, der Haupthehler der Bande war, und danach ihre Wohnstätte getroffen. So wurden Wobben und Rödiger zu gleicher Zeit festgenommen. Rödiger war konfessionierter Metallausläufer und unterrichtete in Groß-Berlin vier Zweigstellen, alle aber fast nur zum Schein. In Wirklichkeit lebte er von dem Erlös der Beute, die ihm die Einbrecher brachten und hielt sich sogar einen Nachtbetrieb mit Nachtglocke. Die Klingel hing in seinem Schlafzimmer. Sobald Beute gemacht war, zog einer der Bande die Nachtglocke. Rödiger bestellte dann die Einbrecher in der Regel nach einer der Villen, um hier die Beutefäden in Empfang zu nehmen. Um ja keine Zeit zu verlieren, besitz er jedesmal sofort sein Motorrad, so daß er die Bande immer früh genug empfangen konnte. Die Weistüne, die aus den Schmuckstücken herausgebracht wurden, verkaufte Rödiger nach Holland, des Metalls, Silber, Gold und Platin ging sofort in die Schmelze. So wurden auch künstlerisch wertvolle Sachen kurzer Hand vernichtet. Kein Stück wurde erhalten wiedergefunden.

### Zahlung und Stundung der Fernspreckgebühren.

Das Reichspostministerium hat beschlossen, den Fernspreckteilnehmern, die bisher eine Zahlungsaufforderung erhielten, sobald ihre Gebührenschuld den Betrag von 10 M. übersteigt, in Zukunft grundsätzlich einmal im Monat eine Abrechnung zuzusenden zu lassen. Teilnehmern, die vom Fernspreck in großem Umfange Gebrauch machen, können wöchentlich einmal eine angemessene Zahlung leisten. Im übrigen bestimmt der Bescheid der Fernspreckstelle, bis zu welchem Betrag den einzelnen Teilnehmern Gebühren gestundet werden dürfen. Dabei sind die wirtschaftlichen Verhältnisse des Teilnehmers und der Umfang seines Geschäftsverkehrs maßgebend. Beträge von mehr als 100 M. sollen in der Regel nicht gestundet werden.

### Die Bettler-Perrücke.

In der Hohrechstraße in Reutlingen betritt ein Gocis mit schneeweißem Haar. Das Alter öffnet die Geldtaschen leichter als sonst. Im zweiten Stockwerk hatte der Greis, wie alle seine Kollegen mit der Hausabklapperei von oben anfangend, ausgesprachenes Pech. Er griff sehr und zog mit dem Hut auch die schöne weißhaarige Perrücke herunter. Ehe sich noch die Anhabtellen von der Ueberladung erholten, war der jugendliche Greis in lauten Schreien die Treppe hinabgestürzt.

Nächtlicher Kampf mit Einbrechern. Gegen 4½ Uhr früh traf ein Kriminalbeamter vor dem Hause Potsdamer Str. 83 mit mehreren Personen zusammen, die Diebesgut in Eiderbett bringen wollten. Als er einen von ihnen gepackt hatte, fielen die anderen über ihn her, worauf der Beamte in der Notwehr von seiner Schußwaffe Gebrauch machen mußte. Einem der Burken, dem 31 Jahre alten Telephonisten Paul Pöhl, der im Nebenhaus Nr. 89 wohnt, drang die Kugel in den rechten Oberarm, so daß er zusammenbrach und nach dem Städtischen Krankenhaus gebracht werden mußte. Seine Kumpane sind entkommen.

Eisenbahners Tod. Am Dienstag mittag gegen 1 Uhr 5 Minuten wurden bei der Durchfahrt des D-Zuges 109 die mit Bahnunterhaltungsmaschinen auf dem Bahnhof Buxtehude. Da beschäftigten Bahnarbeiter We und Semke überfahren und sofort getötet.

Die Bergisch-Märkischen Maschinenwerke J. A. Iffertsdorf A.-G., auf deren Zweigfabrik in Richelsdorf vor einiger Zeit, wie wir berichteten, ein frecher und leider erfolgreicher Überfall einer maskierten Räuberbande verübt worden ist, hat auf die Errettung der Täter eine Belohnung von 1000 Goldmark und auf die Wiederbeschaffung des gestohlenen Geldes eine Belohnung von 3000 Goldmark ausgesetzt.

Die Grundschule als Lebenshilfe“ ist das Thema der am Donnerstag, 21. Januar, nachm. 4 Uhr, im Sparbayer Oberhaus, Hefenring, stattfindenden Lesung des Ersten Vorsitzenden Schulreformers. 1. Teil: „Unter Kind wird Eltern eingetaucht“. 2. Teil: „Der Aufbau der Grundschule im Sinne der zukünftigen Schulpflicht“. 3. Teil: „Kopf dem vorklaren Schuljahr“. (Beginn 4, 6 und 8 Uhr.) Rednermann ist eingeladen. Karten in der „Verkehrs“, Wagenburger Str. 7, und am Saaleingang.

Eine Kundgebung der Auslandsdeutschen, anlässlich von der „Kriegsheimkehr der Antarktis-Expeditionen der schwedischen Grenzländ“, Schweden- und Russlanddeutschen“ findet am Freitag, 25. Januar, im Reder-vereinshaus, Alexanderplatz, statt. Die Kundgebung, die als öffentliche Protokollsammlung sein soll, beginnt 5½ Uhr und wird u. a. das Thema „Die Entschuldigungsfrage und die öffentliche Meinung“ behandeln.

### Jugendveranstaltungen.

Besprechungs-Rat. Heute Abend 7 Uhr: Vorberathung im Parteibüro, Kantstraße 2.

# Gewerkschaftsbewegung

## Richtung, Betriebsräte!

Es ist notwendig, bei Klagen vor dem Gewerbegericht folgendes zu beachten (aus Schneiden und ausbewahren):  
Nach § 4 der Betriebsräteverordnung vom 10. Dezember 1923 wird über den Einspruch gegen Klagen durch Urteilsverfahren entschieden. Es finden daher die meisten Bestimmungen des Gewerbegerichtsgesetzes und die für das amtsgerichtliche Verfahren geltenden Vorschriften der Zivilprozessordnung Anwendung. Die Klage muß nach § 253 der Zivilprozessordnung enthalten:

1. Die Bezeichnung des Gerichts und der Parteien, 2. Die bestimmte Angabe des Gegenstandes und des Grundes des erhobenen Anspruches sowie einen bestimmten Antrag.

Die Klage nach § 253 Abs. 3, § 180 der Zivilprozessordnung u. a. enthalten: 1. Die Bezeichnung der Parteien nach Namen, Stand, Wohnort usw., 2. Die Anträge, 3. Die Angabe der zur Begründung der Ansprüche dienenden tatsächlichen Verhältnisse, 4. Die Bezeichnung der Beweismittel, welcher sich die Partei zum Nachweise oder zur Überzeugung tatsächlicher Behauptungen bedienen will, sowie die Erklärung über die vom Gegner bezüglichen Beweismittel, 5. Die Unterfertigung.

Die im § 253 Abs. 2 der Zivilprozessordnung aufgestellten Erfordernisse sind unbedingt wesentlich. Das Fehlen eines dieser Erfordernisse schließt die Rechtsängigkeit und die Zulässigkeit eines Berufungsurteils gegen den Beklagten (§ 331 der Zivilprozessordnung) aus, weil die Klage in solchen Fällen nicht als erhoben gilt. Berufungsurteile gegen die Beklagte kann nur ergehen, wenn die in der Klageschrift behaupteten Tatsachen den Klageantrag rechtfertigen.

Im Falle des § 84 des Betriebsrätegesetzes ist danach insbesondere folgendes erforderlich:

1. Darlegung der Wahrheit der Frist- und Formvorschriften der §§ 84 und 85 des Betriebsrätegesetzes, also: Datum der Kündigung und des Einspruchs des Arbeitnehmers beim Gruppenrat, Ergebnis der Prüfung des Einspruchs, Beobachtung der Vorschriften der §§ 32 und 33 des Betriebsrätegesetzes (speziell die Bezeichnung einer Abschrift des Protokolls), Angabe des zur ersten Verhandlungsbekanntmachung angelegten Tages, Datum des Tages des Scheiterns der Verhandlungsbekanntmachung, 2. Einzeln darlegende Gründe des Einspruchs und die Angabe der Beweise ihrer Berechtigung (warum z. B. eine unbillige Härte i. S. des § 24 Ziffer 4 des Betriebsrätegesetzes als vorliegend anzusehen sind), 3. Wenn der Höhe der Entschädigungsumme datenmäßige Angabe der Beschäftigungsdauer des Arbeitnehmers, siffermäßige Höhe der letzten Entlohnung (Gehalts- oder Lohnliste), wirtschaftliche Lage, 4. Bestimmte Fassung des Antrages, etwa: „Den Einspruch gegen die am . . . erfolgte Kündigung für gerechtfertigt zu erklären und die Beklagte zu verurteilen, den Kläger weiterbeschäftigen oder an ihn eine Entschädigung von . . . M. zu zahlen.“

Wird die Klageschrift von vornherein vollständig, so wird damit eine rasche Erledigung des Verfahrens ermöglicht.

## An die Buchdrucker!

In den letzten Bezirksversammlungen der Buchdrucker wählten die Kommunisten mit ihrem üblichen Phrasenschwall auf, um die durch ihre dauernde Generalkonferenzpropaganda in Verwirrung gerathenen Berliner Buchdrucker der Parteizwecken der KPD dienstbar zu machen. Der KPD, der Zentralvorstand und die Gausleitung sind nach ihrer Auffassung die alleinigen Herren an dem Ausgang des von Moskau mit allen Mitteln Mitteln heraufbeschworenen Streiks. Ebenso sind die „Gewerkschaftsorgane“ schuld an der augenblicklichen wirtschaftlichen Notlage der Gewerkschaft; aber nicht nur allein dafür, sondern auch für die Kurzarbeit und die Arbeitslosigkeit trotz, so die Verantwortung. Wir, so erklären die Moskauer, haben das alles vorher gewußt; wir sind die Volksbegleiter, die auch den Himmel schon auf Erden bringen. Die ganze Gewerkschaftsbureaucratie müsse „hinweggefegt“ werden, und die Arbeiter müssen das Heil in die Hände nehmen, dann würde es bald besser aussehen, und dann vorwärts mit Generalkonferenz und Weltrevolution, und der Kapitalismus ist ein für allemal „erledigt“. Die Unterfertigung der Gewerkschaften durch die ausländischen Organisationen hätte nur den Zweck, die Bongen zu halten und gegen die Gewerkschaftsmitglieder schorrumachen, und zwar gemeinsam mit der Reaktion. Eine diesbezügliche Resolution, welche in der Höhe des Geldes zu vorlesen verlesen wurde, sollte den Abschluß dieses glorreichen Parolefeldzugs bilden. Um aber auch vollen Erfolg zu haben, auch bei der Zahl und Aufstellung der Delegierten zur Generalkonferenz, haben die Kommunisten die Opfer ihrer Generalkonferenzparolen, die Erwerbslosen, mit herangezogen; es wurden ihnen Bezirkslisten ausgedrückt und ob Buchdrucker oder nicht, „hinein in die Gewerkschaften“ und erfüllt eure Pflicht durch Schreien und Toben. Das ist der wahre Kommunismus, das ist die Einheitsfront, die uns durch Moskau verheißt wird.

Kun, Kollegen, ist das die gewerkschaftliche „Einheitsfront“, wenn man Betriebs- und Gewerkschaftsessen gründet, kommunalistische Gewerkschaftszentralen schafft, zur Weltrevolution aufruft, denationalen Arbeitsnachweise unterläßt und „Arbeitslosenräte“ als Helfer solcher verbrecherischen Organisationen bestellt? Die laienhaften Schreier aus diesen Reihen sind die größten Schädlinge an der Berliner Buchdrucker-Gewerkschaft.

Wie sehen die Daten dieser kommunistischen Streikgen sonst noch aus? Wo ist die Führung in den Händen, da verlogen sie. Hat die Berliner Kollegen nicht viele Beweise der Unfähigkeit, diese Äpfel in der Hand? Wir erinnern nur an die Generalkonferenzparolen zum Verbot der „Reien Fahne“ und der

Aufhebung des Bälgerungsstandes. Da hatten wir eine kommunistische Streikleitung, und sie hat elend versagt. Sie legte ihr Mandat nieder und ließ die Verantwortung für den Mißerfolg ihrer Aktion der Gausleitung zu. Die Urabstimmung ist nach ihrer Meinung nur anzunehmen, wenn es sich um die „Krippen“ der Gewerkschaften handelt; bei Streiks usw. gibt es derartiges nicht.

Wir können noch mehr Beweise der Unfähigkeit dieser Streikgen herbeibringen; aus Raum-mangel müssen wir aber verzichten. Wir appellieren an die Gausleitung und gewerkschaftliche Erziehung unserer Kollegenschaft und machen sie jetzt schon auf die Bezirksversammlungen am Montag, den 11. Februar, aufmerksam. Jeder tue seine Pflicht und trete ein für die Kandidaten der KPD-Fraktion, die eine Gewähr für ein Erstarren und die Geschlossenheit unserer Organisation sind. Gebt den Moskauern bei den Wahlen zur Generalkonferenz, zur Bezirksleitung und zum Gauvorstand die richtige Antwort! Der Fraktionsvorstand. J. A. R. Hermann.

## Ablehnung des Schiedsspruches in der Holzindustrie.

Wie in vielen anderen Branchen, so besteht auch in der Berliner Holzindustrie seit einiger Zeit ein tarifloser Zustand. Auf Ersuchen der Arbeitgeber fanden nunmehr vor dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin Verhandlungen zur Herbeiführung von Lohnvereinbarungen statt. Ueber das Ergebnis dieser Verhandlungen berichtete Boese von der Berliner Verwaltung des Holzarbeiterverbandes in einer gestern abend in „Klubs Festhallen“ abgehaltenen, zahlreich besuchten Funktionärerversammlung. Der Redner betonte einleitend, daß die Unternehmer eine rege Propaganda für die Lohnreduzierung entfaltet haben. Die Organisation habe es abgelehnt, in dieser Hinsicht Konzessionen zu machen. Um die Lohnhöhe festzustellen wurden Erhebungen in den einzelnen Betrieben vorgenommen. Die gezahlten Stundenlöhne bewegten sich zwischen 65 und 80 Pf. In einzelnen Betrieben war das Resultat noch günstiger. Die Vergleichsverhandlungen führten zu keinem Ergebnis, weil die Unternehmer auf einen Lohnabbau bestanden. Von der Organisation mußten die bestehenden Löhne als Normgrenze angesehen werden. Auch war man bestrebt, ungleiche Zusätze zu vermeiden. Es kam nun ein Schiedsspruch zustande mit Löhnen für die Woche vom 20. bis 26. Januar pro Stunde 60 Pf., vom 27. Januar bis 2. Februar 58 Pf. und vom 3. bis 9. Februar 56 Pf. Vorzulehen ist denn noch eine Montagzulage von 10 Proz. für Berlin und 2 M. pro Tag für außerhalb. Dieser Schiedsspruch bedeutet eine erhebliche Lohnkürzung. Zu bedenken sei jedoch, daß andere Gruppen des Berufes, wie die Musikinstrumentenarbeiter, bereits im Kampf stehen. Der Redner wies zum Schluß darauf hin, daß die erwähnte Ortsverwaltung sich auf den Standpunkt gestellt habe, den Funktionären die Entscheidung über den Schiedsspruch zu überlassen. Natürlich müsse sich jeder von der Verantwortung gegenüber seinen Kollegen leiten lassen.

In der Diskussion wurde der Schiedsspruch von allen Rednern scharf kritisiert. Bei der vorgenommenen geheimen Abstimmung wurde der Schiedsspruch mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Dadurch besteht das tariflose Verhältnis weiter. Verhandlungen mit den Unternehmern sollen wieder angebahnt werden und eine erneute Funktionärerversammlung wird dann weitere Beschüsse fassen. Freygang erwähnte noch zur Solidarität gegenüber den kämpfenden Kollegen und verwies auf den gewerkschaftlichen Opfertag am 10. Februar.

## Der Personalabbau Berlins.

Zu den bereits erfolgten und noch bevorstehenden Massenentlassungen von städtischen Arbeitern und Angestellten und dem Abbau der Kommunalbeamten nahm eine Versammlung der Betriebsräte und Funktionäre der städtischen Werke und Verwaltungen am Dienstabend Stellung. Vor Eintritt in die Tagesordnung erkle die Versammlung das Andenken des verstorbenen Bürgermeisters, Grafen Ritter.

In seinem einleitenden Referat führte Schwanedeb vom Gesamtbetriebsrat aus: Der Gesamtbetriebsrat hat sich schon oft mit der Frage von Entlassungen von städtischen Arbeitern und Angestellten befaßt. Aber noch nie sei so stark wie jetzt in Reich, Staat und Kommune abgebaut worden. Bis jetzt sind allein bei der

## Stadtgemeinde Berlin 15 000 Entlassungen

zu verzeichnen. In den ersten Wochen dieses Jahres wurden allein schon 2500 Arbeitnehmer entlassen. Die finanzielle Not des Reiches habe zu einer äußerst mangelhaften Finanzierung des Etats der Stadt Berlin geführt, so daß diese ganze Verwaltungs-zweige aufheben mußte. Man könne die Finanzierung des Reiches und seine Auswirkungen zur Not verstehen, wenn nicht gerade wieder die Arbeiter und Angestellten die Leidtragenden dabei wären. Die alte Beamtenliste habe es meistens verstanden, im Lauf der Zeit ihre Macht wieder zu festigen. Mit dem Gemeinwohlgeizismus sei Schluss zu machen. Wenn möglich, seien alle städtischen Arbeitnehmer in einer geschlossenen Organisation zu vereinigen. Dann können auch bei Fragen wie dem Personalabbau die Arbeitnehmerinteressen wirksamer gemehrt werden. Der Abbau sei oft genau ohne Rücksicht auf die Notwendigkeiten einseitig vom armen Tisch aus verfaßt worden. Dasselbe ist der Fall bei der Verwahrung und Umwandlung städtischer Betriebe, deren gesteigerte Rentabilität zumeist nur durch den Abbau der sozialen Vorteile aus den Tarifen der Arbeiter erreicht wurde. Gegen alle diese Benachteiligungen sollten eben nur feste einheitliche Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen, die zu schaffen unsere vornehmste Aufgabe sein muß.

In der Diskussion polemisierte Schwanedeb von der KPD-Stadtverordnetenfraktion gegen die „Verschwörung“ der städtischen Arbeiter, Straßenbahnen, Häfen und sonstigen Werke. Er mußte zugestehen, daß der notwendige Ausbau der Werke usw. nur unter Zustimmung großer Geldmittel möglich ist. Daß gerade seine Fraktion alle Steuerforderungen des Magistrats konsequent ablehnt, nur nebenbei die Kommunisten sind bereit, mit der städtischen Arbeiterfraktion an der Erreichung der von Schwanedeb vorgeschlagenen Ziele zu arbeiten. Deitmer (KPD) erklärte gegenüber den Verhörungen Schwanedeb der Verformung der Arbeitsmethode des Magistrats, dessen Beschüsse man nicht immer als Stellungnahme des „sozialistischen“ Magistrats bezeichnen darf. Redner verteidigte in seinen weiteren Ausführungen den Standpunkt und die Beschüsse der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion. Schwanedeb's heutige Rede sei ebenso wie die Arbeit seiner Freunde im Rathaus nur auf Agitation eingestellt, mit der wenig produktive Arbeit geleistet werden kann. Der Vertreter des Metallarbeiterverbandes, Koch, betonte die Zustimmung seiner Organisation zur Schaffung von Industrieerhalten. Bange mann sieht im Abbau einen Ausfluß bürgerlicher Klassenpolitik, die er bei den Arbeiterparteien vermißt.

In seinem Schlusswort bedauerte Schwanedeb, von den Diskussionsrednern keine konkreten Vorschläge zur Bekämpfung des Personalabbaues gehört zu haben. Er mahnte, persönlichen und parteipolitischen Streit hintanzustellen und die Einigkeit aller bei der Stadt Berlin Beschäftigten zur Tatsache werden zu lassen. Eine Resolution im Sinne des Referats fand Annahme.

## Der Abwehrstreik in den Larngeschäften.

Lohnabbau, Verlängerung der Arbeitszeit, Abbau der sozialen Bestimmungen war der Auftakt, mit dem die Arbeitgeber die Rahmenverhandlungen einleiteten. Besonders aber haben sie es auf den Abbau der sozialen Bestimmungen und des Mitbestimmungsrechts abgesehen. Betriebsrätegesetz und alle sonstigen gesetzlichen Schutzbestimmungen sind nach Ansicht der Herren Arbeitgeber überholt.

„Die Löhne sind zu hoch, die Geschäfte können solche hohe Lasten nicht mehr tragen.“ Diese Einwendungen von Arbeitgebern, die bis vor kurzem noch lahmende Aussonderungen machten, sind nun hinkende Boken geworden. Denn im Laufe des Streiks stellte sich heraus, daß es die Herren hauptsächlich auf die Zertrümmerung der Organisation abgesehen haben. Sie wollen alle Forderungen ihrer Arbeiter anerkennen und bieten ihnen annehmbare Löhne. Sie sind bereit, Hausarbeit abzugeben, nur den Zentralverband der Fleischer wollen sie nicht anerkennen. Die Masken sind gefallen. Man wittert Morgenluft. Die kämpfenden Darmarbeiter wissen, wohin die Fahrt gehen soll. Sie werden ausharren!

Folgende Firmen haben die Forderungen bewilligt: Berliner Darm-Import, Uferstr. 15, Schlössinger u. Co., Marienburger Str. 28, Wolflein, Köpenicker Str. 113, Remel, Kösterstr. 45, Preyko, Rosbacher Str. 25. Die Streikleitung.

## Rückgang der Arbeitslosigkeit in Deutschland.

Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen im unbefestigten Gebiet betrug am 1. Januar 1924 1 823 000, die Zahl der unterstützten Kurzarbeiter 862 000, was einem Rückgang von rund einer Million Kurzarbeiter gegenüber dem 1. Dezember 1923 bedeutet. Die Zahlen für das befestigte Gebiet sind nicht genau bekannt, weil die Tätigkeit der deutschen Verwaltung immer noch gestört wird; schätzungsweise sind im befestigten Gebiet ungefähr 1 1/2 Millionen Arbeitslose und 850 000 Kurzarbeiter vorhanden, so daß im ganzen Reich die Zahl der Arbeitslosen noch 3 Millionen und die der Kurzarbeiter 1,6 Millionen am 1. Januar 1924 betragen hat. Die Zahlen sind für das unbefestigte Gebiet seitdem etwas zurückgegangen, und es sprechen Anzeichen auch dafür, daß im befestigten Gebiet gleichfalls eine keine Besserung eingetreten ist.

## Vom englischen Lokomotivführerstreik.

Nachdem der Vollzugsausschuß der Organisation der streikenden Lokomotivführer und Heizer die Eisenbahndirektoren aufgefordert hat, eine gemeinsame Konferenz abzuhalten, wird die Streiklage vom Gesichtspunkt der Allgemeinheit aus als hoffnungsvoller bezeichnet. Die ursprüngliche Tendenz, den Streik als ziemlich belanglos erscheinen zu lassen, schließt jetzt ins Gegenteil um. Wirkungen, die der Streik bei längerer Dauer nach sich ziehen müßte, wie z. B. die Einlegung von Feiertagen bei den Bergarbeitern, werden bereits als eingetreten gemeldet. In Südwales mußten über 40 000 Bergleute infolge des Streiks feiern. Auch in Devonshire und anderen Teilen des Landes seien mehrere tausend Arbeiter erwerbslos geworden.

Verband der Buchdrucker und Verlegerverleger. Galanterie- und Bekleidungsbranche: Donnerstag nachmittags 4 1/2 Uhr im Groß-Hotel Berlin-Hans. Generalversammlung. 44. Generalversammlung. Wichtige Tagesordnung, welche durch Richard Mühlentall wurde. — In demselben Saal am 7. Uhr, Sonntag, 11. Januar, 11. Generalversammlung der Vertrauensleute aus den verschiedenen Betrieben. Eintritt in diesen beiden Versammlungen nur für unsere Mitglieder unter Vorweisung des Mitgliedsbuches. Die 2. Woche mit geteilt sein. Um vollständiges und pünktliches Erscheinen erucht die Ortsverwaltung.

Bevornstündlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft; Verba; Colmann; Gewerkschaftsbewegung: A. Schwan; Funktionäre: A. R. Fischer; Ostales und Kantons: Fritz Karst; Wahlen: E. Oeder; sämtlich in Berlin. Berlin: Formel-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formel-Verlagbuchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Eindeutsche 2.

## Großer Räumungs-Verkauf

wegen Aufgabe meiner Filiale

Invalidenstrasse 5

Bis zum 26. Januar werden Herren-, Damen-, Schlafzimmer, Küchen, Klubs, Kabinen und Einzelmöbel zu enorm billigen Preisen verkauft. Nie wiederkehrende Gelegenheit. Teilzahlung gestattet.

Möbel - Groß, Invalidenstr. 5

Wohnungstausch

In u. nach Berlin sowie von Berlin nach auswärts am schnellsten durch eine Anzeige im

Groß-Berliner Wohnungsanzeiger

das einzige Spezialblatt für möblierte Zimmer, Wohnungen u. Tauschwohnungen

Unter der Rubrik „Möblierte Zimmer zu vermieten“ werden Meldungen von Vermietern kostenlos veröffentlicht

Verwand. mit d. „Groß-Berliner Wohnungsanzeiger“ ist der

Anzeiger für Grundstücks- und Geschäftsverkäufe

Bei allen Zeitungs-Ändern und Wahlen zu haben. Verlag und Hauptanzeigenehmer

Zeitungs-Zentrale (Z.Z.) Aktiengesellschaft

Herrnstr. 11, 5. - Fernsprecher: Dönh. 11310-1312

Messing Bettstellen

konkurrenzlos billig

R. Jaekels Patent-Möbel-Fabrik

Markgrafen-, Eoko Kochstraße

## Gardinen

Sonderangebote - Käufe

in Resten

Stern, Bettdecken

Kissen- und Kissenverzierungen

Spezial-Verkaufsstelle

Neuestraße, Bergstr. 57

am Rheinbahnstr.

Das

Schulprogramm

der

Sozialdemokratie

von RICH. LOHMANN

Ein prakt. Handbuch für Eltern, Lehrer u. Erzieher, in dem nicht nur die Forderungen der Sozialdemokratie

zur Anschauung gebracht sind, sondern auch die höchsten Möglichkeiten zur christlichen Erziehung des Kindes dargestellt werden.

Preis: 0,40 Goldmark

J. H. W. Dietz Buchh.

G. m. b. H.

BERLIN SW. 68

LINDENSTR. 4

Für die kommenden Wahlen haben wir eine Serie moderner und effektvoller Wahlenplakate hergestellt, die von durchschlagender Wirkung sind. Sie dienen allen Werbezwecken der D. D. D. Müller gegen 1. März.

Verbandsverlag Friedr. Meyer & Co. Lübecker Volksbote Lübeck.

## Direkt an Private

Achtung! Wiederverkäufer!

Ich war der billigste und bleibe der billigste bei bekannter reeller Bedienung

Marken-Zigaretten!

Manoil, Reemtsma, Josselt, Wenzel, Konstantin, Gatscheri usw.

Zigarren nur erst er Häuser!

Reuch-, Kan- und Schnupftabake

Winkler, (siehe Anzeiger) Berl. 1317

Kleingärtner Siedler u. Pächter

erhalten in allen vor-

kommenden Rechts-

fragen zuverlässige

Auskunft durch den

Kompetent von

DR. ED. DAVID

Die Siedlungs-

gesetzgebung

einschließlich Heim-

stätten-gesetz, Klein-

gärtner- und Pacht-

schutzordnung

Preis geb. Goldmk. — 30

brochüert — 49

J. H. W. Dietz Nchfg.

G. m. b. H.

Berlin SW 68, Lindenstr. 2

## Inventur-Ausverkauf

für ferne Haarbetten

Transformations, Unterlagen,

Teile, Locken, Zöpfe usw. bezie-

sich für nur kurze Zeit günstige Ge-

legenheit. Noch nicht erschöpfener

Bestand! — Besichtigung von Haarersatz, —

Beachtung ohne Kaufzwang! —

Separates Sprechzimmer. —

Preis 1/2 bis 50%, Preisermäßigung

Wiegold Haar-Haus

Berlin W., Hotelbldstr. 14 / part. u. 1. Etage